30.11.88

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Ausscheiden der Bundesrepublik Deutschland aus dem Entwicklungsvorhaben Jagdflugzeug 90

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unter Aufwendung der geringstmöglichen Finanzmittel von dem westeuropäischen Entwicklungsvorhaben Jagdflugzeug 90 zurückzutreten und das Ausscheiden der Bundesrepublik Deutschland aus NEFMA/NEFMO sicherzustellen.

Bonn, den 30. November 1988

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

1. Die Planungen für ein Jagdflugzeug der 90er Jahre stellen in allen ihren Teilen eine untragbare finanzielle Belastung für den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland dar. Der Bundesrechnungshof geht von 45,8 Mrd. DM für Entwicklung, Beschaffung und Lebenswegkosten des Waffensystems Jäger 90 nur für die Bundesrepublik Deutschland aus. Diese Summe enthält weder vorhersehbare Preissteigerungen noch auch nur einen Schuß Munition oder nur eine Rakete für das neue Flugzeug. Im Gegenteil: Sie setzt eine völlig problemlose Entwicklung und Realisierung vieler technischer Neuheiten voraus, enthält keine ausreichenden Sicherheitsmargen, um bei so komplexen Großprojekten üblicherweise auftretende Probleme finanziell auffangen zu können. Gesamtkosten von mehr als 100 Mrd. DM sind - angesichts der Erfahrungen mit dem TORNADO - realistischerweise mindestens aufzuwenden. Leicht können die Kosten aber auch noch wesentlich höher liegen.

Steigen die Kosten für das Jagdflugzeug, so ist damit zu rechnen, daß der Druck wächst, den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland zu steigern. Dieser ist schon heute viel zu hoch.

Angesichts drängender Probleme in den Bereichen Arbeitslosigkeit, Ökologie und soziale Sicherheit ist die Schaffung von

Zwängen, so horrende Summen für ein einziges Waffensystem auszugeben, weder politisch noch sozial zu verantworten. Dieser Umgang mit Steuermitteln ist unvertretbar. Er engt den Spielraum zukünftiger Bundesregierungen bis weit in das nächste Jahrtausend ein, andere politische Schwerpunkte zu setzen. Zudem ist nicht zu übersehen, daß unter dem Deckmantel "militärischer Notwendigkeit" das teuerste Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr gerechtfertigt werden soll, um über eine indirekte Subvention die Beteiligung des Daimler-Benz-Konzernes an MBB zu fördern.

2. Das Jagdflugzeug 90 ist mit einer konsequenten Friedenspolitik nicht in Einklang zu bringen. Das Flugzeug soll zwar – wie der Name sagt – vorrangig Aufgaben der Bekämpfung gegnerischer Flugzeuge erfüllen, kann aber – wie andere Jagdflugzeuge – leicht in einen Jagdbomber umgewandelt werden. Es kann somit je nach Munitionsbeladung Aufgaben der Luftverteidigung wie des Luftangriffs erfüllen. Die Möglichkeit, das Jagdflugzeug 90 als Jagdbomber einzusetzen, wird in der Bundesrepublik Deutschland bereits untersucht.

Zudem soll das Jagdflugzeug 90 als Begleitschutz für den Jagdbomber Tornado bei Abriegelungs-, Offensive Counter Air- und Strike-Einsätzen verwendet werden. Es soll die Durchsetzungsfähigkeit der TORNADOS gegen die gegnerische Luftverteidigung bei Angriffsoperationen gegen Ziele tief im Hinterland erhöhen.

Auch spielt die Begleitschutzrolle angesichts der wachsenden Bedeutung der nuklearen Trägerflugzeuge nach Abschluß des INF-Vertrages eine immer größere Rolle – gerade auch im Zusammenhang mit den Plänen der NATO eine neue Generation nuklearer luftgestützter Waffen einzuführen. Diese soll die durch den INF-Vertrag verlorengegangene Möglichkeit selektiver nuklearer Einsätze gegen Ziele auf sowjetischem Territorium kompensieren. Das Jagdflugzeug 90 paßt sich aufgrund dieser Eigenschaften in Entwicklungen ein, die destabilisierend wirken. Das Vorhaben leistet keinen Beitrag zu der Aufgabe, mittels vertrauensbildender Maßnahmen und auch mittels einseitiger Abrüstungsschritte eine drastische Reduzierung oder auch nur Begrenzung der Militärpotentiale in Mitteleuropa zu ermöglichen. Vielmehr wird mit dem Jagdflugzeug 90 das genaue Gegenteil erreicht: Bestehende militärische Strukturen und Potentiale werden fortgeschrieben. Chancen für Rüstungskontrolle oder gar Abrüstung, für reduzierte militärische Bedrohungen werden verspielt. In einer Situation, in der die stärkere Flexibilität sowjetischer Politik in Richtung auf einen Durchbruch zu einer Abrüstungsdynamik wirksam werden kann, ist das Festhalten am Jagdflugzeug 90 kontraproduktiv. Ein Verzicht auf Entwicklung und Bau dieses Flugzeuges wäre ein positiver Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu schnelleren Fortschritten im Bereich der konventionellen Abrüstung. Politischer und finanzieller Handlungsspielraum würde dadurch gewonnen.